

INFOPERU Nr. 21

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

09. Juli 2013

1. Editorial InfoPeru No 21

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mit großer Genugtuung schließen wir von der Informationsstelle Peru e.V. uns den 81 peruanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen an, die öffentlich den Beschluss von Präsident Humala begrüßt haben, dem Ex-Staatschef Fujimori nicht die von ihm beantragte Begnadigung und somit Haftbefreiung aus gesundheitlichen Gründen zu gewähren. Humala begründete diese Entscheidung u.a. mit dem „absoluten Fehlen von jeglicher Reue“ bzgl. der gravierenden Menschenrechtsverbrechen, Morde, Entführungen und Korruption, denen Fujimori nach einem sauberen und transparenten Prozess für schuldig befunden worden war. Dieser für ganz Lateinamerika beispielhafte Prozess, so die CNDDHH (peruanischer Zusammenschluss der Menschenrechtsorganisationen), war ein vorbildliches Beispiel, das Peru der Welt im Hinblick auf Fortschritte in der „Transitional Justice“ (der Aufarbeitung von Verbrechen bei Bürgerkriegen und Diktaturen) gegeben hat. Aber die CNDDHH hebt auch hervor, dass diese Entscheidung auch errungen wurde durch die intensive und ausdauernde Arbeit der peruanischen Betroffenenorganisationen und der Menschenrechtsbewegung, die seit mehr als 30 Jahren gegen die Straflosigkeit kämpfen. –

Mit großen Erwartungen hatten wir gehört, dass Perus Regierung das Jahr 2013 zum „Jahr der Investition in die ländliche Entwicklung und die **Ernährungssicherheit**“ erklärt hatte. Das deklarierte Ziel war, staatliche Dienstleistungen auch in abgelegenen Regionen anzubieten, die Landwirtschaft zu fördern und „die landwirtschaftliche Wertschöpfung anzuregen“. Verschiedene Gremien wie der „Consejo Nacional de Seguridad Alimentaria y Nutricional“ wurden ins Leben gerufen und Diagnosen erstellt zu den Fortschritten der Umsetzung der ENSA (nationale Strategie der Ernährungssicherheit). Aber: Viele Kritiker wie z.B. aus der NGO CEPES sind sich im Klaren, dass dabei die wirklich entscheidenden Faktoren zur Überwindung der gravierenden Ernährungsdefizite kaum angegangen werden und weist hin auf die wachsende Landkonzentration und die Landnutzung für Exportprodukte,

Biotreibstoffe und Viehfutterplantagen. Außerdem werden wichtige Probleme der Ernährungslage der peruanischen Bevölkerung nicht angegangen, wie etwa die Unterernährung speziell bei Kindern.

Die große Abhängigkeit und selbst die auferlegten Limitierungen durch die Freihandelsabkommen begrenzen stark den Handlungsspielraum der Regierung. Deshalb bleibt auch das Konzept der „**Ernährungssouveränität**“, nämlich das Recht der Völker, ihre Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik selbst zu definieren und die Kontrolle über die produktiven Ressourcen auszuüben, von dieser unerwähnt!

Dabei müsste im Rahmen einer weiteren vollmundig angekündigten Regierungspolitik, nämlich der Förderung der „**Inklusion**“ in Peru und der Bildung des eigenen Ministeriums MIDIS (Ministerium für Entwicklung und Inklusion) dafür gerade die Ernährungsfrage vor allem bei der ärmsten Bevölkerung ein Brennpunkt der Politik sein. Inklusion, welche in Deutschland meist nur im Rahmen von Eingliederung und Chancengleichheit von behinderten Menschen diskutiert wird, hat einen aber viel breiten Ansatz: Die soziale Exklusion ist multidimensional, hervorgerufen durch Armut, Marginalisierung, Diskriminierung der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen, und das sind in Peru die indigenen Gruppen, weite Teile der ländlichen Bevölkerung und andere, auch städtische Minderheiten. Auch Payo Pauch beklagt in seinem lesenswerten Artikel im Nachrichtendienst Servindi (unter <http://servindi.org/actualidad/89345#more-89345>) die 37% unterernährten Kinder im ländlichen Raum Perus. Inklusion sieht er als Prozess des „empowerments“ und Chancen und Möglichkeiten im Bereich Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeit und Produktion sowie Rechtsgleichheit. Die bisher aufgelegten Sozialprogramme wie *Juntos* oder *Pensión 65* sind zwar ein bescheidener Schritt in die richtige Richtung, aber noch ist Peru weit entfernt von einer gerechten sozialen Inklusion aller seiner Bürger und Bürgerinnen. Wir werden diesen von der Regierung so lauthals angekündigten Prozess weiterhin aufmerksam und kritisch begleiten, und im Rahmen des wohl leider zu erwartenden Inkrafttretens des TLC (Freihandelsabkommen zwischen der EU und Peru / Kolumbien) auch die Ernährungssouveränität Perus einfordern! Denn, wie Fernando Eguren von CEPES sagt: „Die guten Absichten machen noch nicht satt!“

Viel Spaß beim Lesen unseres neuen PeruInfos

wünscht Mechthild Ebeling

(Vorstandsmitglied der Informationsstelle Peru e.V.)

2. Info der Geschäftsstelle

Liebe Bezieher_innen von InfoPeru,

die Geschäftsstelle der Informationsstelle Peru versendet in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungshinweise, Aktionshinweise oder wichtige aktuelle Infos aus Peru.

Die meisten von Euch/Ihnen sind nicht nur im Verteiler für InfoPeru, sondern auch im Verteiler der Geschäftsstelle und bekommen diese Informationen.

Da sich aber einige von Euch/Ihnen direkt auf der Webseite für den Newsletter eingetragen haben, sind diese Adressen nicht automatisch auch in meinen Verteiler gelangt.

Wer also bisher die Infos aus der Geschäftsstelle nicht bekommt, sie aber auch bekommen will, soll mir einfach deswegen schreiben: merk@infostelle-peru.de

Freundliche Grüße,

Jimi Merk

3. Protestbrief gegen Visum-Erteilung bei der Deutschen Botschaft in Lima

Liebe Peru-Interessierte und –Engagierte,

seit vielen Jahren erreichen uns Berichte über Schikanen beim Visa-Verfahren bei der Deutschen Botschaft in Lima. Vor einigen Jahren waren auch Gäste der Informationsstelle Peru davon betroffen. Das Verfahren ist oft bürokratisch, schikanös und von Verdächtigungen geprägt.

- So wird oft die Vorlage von Dokumenten verlangt, die schwer zu beschaffen sind.

Die Prüfung der Rückkehrbereitschaft, Voraussetzung für die Erteilung eines Visums, verläuft oft negativ bei eingeladenen Gästen, die z. B. keinen festen Arbeitsplatz und keinen Land- und Hausbesitz vorweisen können.

Vielfach beobachtete unfreundliche Behandlung, willkürliche Fristen und fehlende Begründung von Ablehnungen ergänzen das Bild.

Wir haben seit über einem Jahr bei verschiedenen Veranstaltungen der Informationsstelle Peru **Unterschriften unter den Offenen Brief** an die Deutsche Botschaft in Lima, die Bundeskanzlerin und den Außenminister gesammelt (**siehe unten**). Diesen Brief haben wir mit den Unterschriften und einem kurzen Begleitschreiben vor einigen Wochen an die Bundeskanzlerin, den Außenminister und den Botschafter abgeschickt.

Das Auswärtige Amt antwortete uns vor wenigen Tagen: es erklärte und rechtfertigte die Anforderungen des Visums-Verfahren und erklärte zum Verfahren in Lima: „Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Botschaft Lima ihr Ermessen einseitig zu Ungunsten der Antragsteller ausübt.“

Wir wollen mit dieser Aktion fortfahren und rufen Euch/Sie daher auf, diesen Brief – per Post oder per email – ebenfalls an die Botschaft in Lima, die Bundeskanzlerin und den Außenminister zu schicken.

Bitte achtet/achten Sie darauf, den Brief entsprechend zu ändern, wenn er von einer einzelnen Person geschickt wird – ich habe die Stellen im Text markiert.

Weiter unten stehen die Adressen.

Mit freundlichen Grüßen,

Bernhard Jimi Merk/Informationsstelle Peru

Hier die Adressen:

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Email: über www.bundeskanzlerin.de (Button:Kontakt)

Auswärtiges Amt

Außenminister Guido Westerwelle
11013 Berlin

Email: über www.auswaertiges-amt.de (Button Kontakt)

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Botschafter Joachim Christoph Schmillen

Av Arequipa 4202-4210

Lima 18

Peru

Email: info@lima.diplo.de

Hier der vollständige Brief der Informationsstelle, der auch als Vorlage für eigene Briefe benutzt werden kann:

An

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

in Lima

Auswärtiges Amt

in Berlin

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Verfahren zur Erlangung eines Schengen-Visums bei der Deutschen Botschaft in Lima

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie, weil *wir* durch eine Vielzahl von Berichten wissen, dass das Verfahren zur Erlangung eines Schengen-Visums bei der Deutschen Botschaft in Lima oft bürokratisch, schikanös und von Verdächtigungen geprägt ist.

Wir lehnen die dadurch gezeigte Haltung von Abwehr und Feindseligkeit ab und wünschen *uns* für die von Privatleuten und Organisationen eingeladenen Peruaner/innen eine wohlwollende und freundliche Behandlung.

*Das Verfahren ist in vielen Fällen **bürokratisch** durch die vorzulegenden Dokumente.*

+ So ist der Nachweis einer festen Beschäftigung oft nur schwer zu erbringen, weil die Formalisierung der Arbeitsverhältnisse in Peru viel geringer ist als in Deutschland und weil nur 8 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Perus ein unbefristetes Arbeitsverhältnis haben.

*+ Der Nachweis von Land- und Hausbesitz und die Vorlage von Kontoauszügen erscheint *uns* als Beleg für Rückkehrbereitschaft fragwürdig und als unnötiger Aufwand für die Antragstellenden.*

Die Prüfung von Verwurzelung und Rückkehrbereitschaft erscheint **uns** schwierig, in der Realität ist die mangelnde „Nachweisbarkeit“ oft ein Argument für die Ablehnung des Visum-Antrags.

Wir empfinden das Verfahren oft als **schikanös**

+ durch eine oft unfreundliche und abweisende Behandlung der Antragstellenden,

+ durch willkürliche Fristen, die vor allem außerhalb der Hauptstadt lebende Antragstellende belasten und

+ durch die fehlende Begründung der Ablehnung. Dadurch ist die Widerspruchsmöglichkeit fragwürdig.

Die unseres Erachtens bestehenden **Ermessensspielräume bei der Vergabe eines Visums** werden oftmals gegen die Antragstellenden und nicht zu ihren Gunsten genutzt.

Reisefreiheit, von Deutschen/Europäern z. B. als Touristen, Freiwillige und Wissenschaftler selbstverständlich beansprucht, gibt es dadurch für Peruaner/innen nicht. Dies erscheint **uns** nicht hinnehmbar.

Der Abschreckungs- und Abwehr-Charakter des Schengen-Vertrages wird unterstrichen durch die **Kontrollen auf europäischen Flughäfen**: Auch der Besitz eines Visums und die Vorlage detaillierter Reisedokumente verhindern nicht stundenlanges Festhalten von Peruaner/innen und die Befragung nach den Gründen ihrer Reise. Dadurch sind im innereuropäischen Flugverkehr schon Anschlussflüge verpasst worden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für entsprechende Veränderungen des Schengen-Vertrages einzusetzen!

Wir fordern die Deutsche Botschaft in Lima auf, den Visum-Antragstellenden ein faires Verfahren und eine freundliche Behandlung zu garantieren!

4. Kurznachrichten aus Peru

Im Mai verabschiedete das peruanische Parlament ein Gesetz, das den Verkauf ungesunden **Fast-Foods** (“**comida chatarra**”) an Schulen verbietet und die öffentliche Werbung für Fast-Food reglementiert.

Am 7. Juni gab Ollanta Humala bekannt, dass er dem **Gnadengesuch** des inhaftierten Ex-Präsidenten Alberto Fujimori nicht entsprechen werde (*siehe dazu auch unser Editorial*)

Mit der Begründung, dass die Rohstoffpreise – namentlich der Goldpreis sinkt und damit eine Haupteinnahmequelle Perus – hat Präsident Ollanta Humala **neue Massnahmen zur Investitionserleichterung** diktiert: die Fristen zur Bearbeitung von Umwelt- und archäologischen Gutachten wurden verkürzt, die Nichteinhaltung der Fristen zieht Nachteile für die zuständigen Beamten nach sich. Die Koordination der peruanischen Menschenrechtsgruppen klagte die Regierung der Panikmache an: die fallenden Rohstoffpreise seien nur ein Vorwand, um Umwelt- und Archäologieschutzgesetze zu lockern. (<http://derechoshumanos.pe/2013/07/a-un-ano-de-conga-y-cuatro-del-baguazo-no-hay-lecciones-aprendidas-preocupan-medidas-para-agilizar-inversiones-en-el-peru/9>)

Im Juni verabschiedete der Frauen- und Familienausschuss des Parlamentes eine **Gesetzesvorlage zur Sexualerziehung**: danach soll an öffentlichen Schulen keine Sexualerziehung mehr stattfinden und das **Leben des ungeborenen Kindes** in jedem Fall Vorrang haben vor dem Leben der Mutter. Beides wäre ein Rückschritt in der sowieso eher konservativen peruanischen Gleichstellungs- und Familienpolitik. Frauenorganisationen und die staatliche Ombudsstelle haben deswegen dagegen Protest eingelegt. Möglich wurde die Gesetzesvorlage durch eine unheilige Allianz evangelikaler Fujimori-Anhänger und rechtskatholischer Kreise um den Kardinal von Lima. Nun muss das Parlament darüber abstimmen

24. Juni 2013 : Das peruanische Umweltministerium veröffentlichte am 23. Juni 2013 das Umweltmonitoring der Provinz **Espinar** /Departament Cusco. In der Provinz Espinar operiert die Mine Tintaya des Schweizer Rohstoffkonzerns X-strata. Nachdem dort bei Protesten Ende Mai 2012 drei Personen ums Leben kamen, vereinbarte die Provinz zusammen mit den Behörden und dem Minenbetreiber ein gemeinsames Umweltgutachten zur Wasser- und Bodenqualität. Der Bericht liegt der Öffentlichkeit vor (<http://cde.elcomercio.pe/66/doc/0/0/6/2/8/628105.pdf>) und besagt, dass die Grenzwerte in über der Hälfte der Proben übertroffen werden. Offen ist weiterhin, ob und in welchem Ausmass die Mine verantwortlich ist für die Verschmutzung, oder ob es andere Ursachen gibt.

Anfang Juli kam es in ganz Peru zu Protesten wegen eines neuen Gesetzes zur **Beamtenlaufbahn**, das die Beförderungen an regelmässige Überprüfungen und nach Leistung regelt. Das Fehlen einer auf Meriten beruhenden Beamtenlaufbahn ist mit ein Grund für die Schwäche peruanischer Behörden.

Auch die peruanischen **Universitäten sollen ein neues Gesetz erhalten**. Bisher geniessen die staatlichen Universitäten Autonomie und werden selbst verwaltet. Dies soll sich im neuen Gesetz ändern. Alle Universitäten würden einer staatlichen Universitätsinstanz unterstellt, die Qualität der Lehre soll damit angehoben werden. Die schlechte Qualität des peruanischen Schul- und Hochschulsystems ist bekannt, und ist ein grosses Hindernis auf dem Weg zu einer mehr auf Wissen denn auf Rohstoffen basierenden Gesellschaft.

5. Offene Fragen zum Museo de la Memoria

Am 2. Juli organisierte die Ortsgruppe Lima der Infostelle Peru zusammen mit der Universität Ruiz de Montoya ein Kolloquium über den Gedenkort in Lima für die im bewaffneten Konflikt umgekommenen Peruaner. Heeder Soto und Kerstin Kastenholz berichten im Folgenden über die Entstehungsgeschichte des “Museo de la Memoria”, und die Schwierigkeiten bei der konzeptionellen Umsetzung.

Einen bewaffneten Konflikt in Lateinamerika aufzuarbeiten ist besonders komplex. In Peru sind zwischen 1980-2000 nach dem Bericht der Wahrheitskommission 69.280 Menschen umgekommen. Als die damalige Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiczorek-Zeul, 2008 nach Peru kam, bot sie nach einem Besuch der Ausstellung „Yuyanapaq“ in Lima der peruanischen Regierung zwei Millionen Euro für den Bau eines Erinnerungsmuseums in Lima an. Alán Garcia (zu der Zeit amtierender Präsident), wollte das Geld nicht annehmen. Dies löste einen großen Widerstand unter wichtigen Persönlichkeiten und Menschenrechtsorganisationen in Peru aus. Im März 2009 gab Alan Garcia den Protesten nach und richtete eine Kommission zur Etablierung eines Erinnerungsmuseums (Ort der Erinnerung) ein, die von dem Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa geleitet wurde. Nachdem Mario Vargas Llosa von seinem Amt im September 2010 zurückgetreten war, folgte ihm der Maler Fernando de Szyszlo im Amt nach. Seit dem 26. November 2011 Diego García Sayán neuer Präsident der Kommission. Unter der Regierung Ollanta Humala änderte sich auch der Name des Museums: “Ort der Erinnerung – Toleranz und soziale Inklusion” .

Gisela Ortiz, eine Menschenrechts-Aktivistin, deren Bruder während des Bürgerkrieges 1993 von Militärs umgebracht wurde, stellt die Frage: “Was soll der Titel bedeuten? Das wir tolerant gegenüber den Tätern sein sollen? Das wir tolerant gegenüber den politischen Verantwortlichen sein sollen? Im Namen der Toleranz sollen wir unsere Erinnerung verhandeln? Soziale Inklusion, für wen?”

Seit dem 01. Juli 2013 hat das sich im Bau befindliche Museum eine neue Direktorin, Denice Ledgard, die den vorherigen Fernando Carvallo ersetzt. Neue Gestalten, Namen die gehen, Namen, die kommen. Bis heute, wurde das Museum der Erinnerung nicht öffentlich diskutiert.

Bisher hat die deutsche Regierung 3,5 Millionen Euro für den Bau des Museums in Lima zur Verfügung gestellt, die peruanische Regierung unter Ollanta Humala 1,2 Millionen Euro. Fernando Carvallo, bis 1. Juli 2013 Direktor des sich im Bau befindlichen Museums, betont jedoch, dass noch mehr Geld für den Bau des Museums fehlen würde. Das heißt auch, dass die Einweihung des Museums in Etappen stattfinden soll. Für September 2013 ist die Einweihung der Bühne mit seinem Saal geplant, sodass dort Veranstaltungen stattfinden können. Alle weiteren Orte sollen später eingeweiht werden. Auf die Frage: “Wann soll denn die komplette Einweihung des Museums stattfinden”, wurde keine Antwort gegeben. 2009 gab die Regierung unter Alan Garcia bekannt, dass noch unter seinem Amt bis 2011 die

Einweihung des Museums stattfinden werde, später wurde diese auf Mitte, dann auf Ende 2012 verschoben. Und heute, Juli 2013 weiß man immer noch nicht, wann das Museum eingeweiht werden soll.

Für den Inhalt der Ausstellung, die in das Museum soll, ist Miguel Rubio, Direktor der Theatergruppe "Yuyachkani" zuständig. Der Inhalt ist allerdings bis heute streng geheim und wurde bis heute nicht mit den Opfern des Bürgerkrieges diskutiert.

Die Veranstaltung der Infostelle am 02. Juli 2013 war die erste öffentliche Veranstaltung über den Ort der Erinnerung. Bisher hat keine der Menschenrechtsorganisationen das Thema bearbeitet. Warum? Es wäre gut diese Frage beantworten zu können. Die Teilnehmenden der Veranstaltung versuchten ihre anstehenden Fragen zu beantworten: "Wie soll die Verbindung des Museums zur Gesellschaft sein? Wie soll das Museum mit Leben gefüllt werden? Wie soll die Beziehung zu den anderen Orten der Erinnerung und Erinnerungsmuseen in ländlichen Regionen sein?" Gisela Ortiz verweist auf das kleine Dorfmuseum in Huamanquiua, wo die Familienangehörigen von Opfern und Verschwundenen Fotos und Gegenstände gespendet haben, dass aber heute verwaist ist. Dies ist für sie ein Beweis dafür, dass die Opfer nicht aktiv in den Prozess des Museums miteinbezogen wurden.

Jegliche Initiative, die Opfer miteinzubeziehen, ist willkommen, auch wenn Tausende von Opfern wahrscheinlich nicht die Möglichkeit haben werden, das Museum in Lima zu besuchen, bevor sie sterben. Die Verantwortlichen des Museums nehmen in Anspruch, in ihrem Namen und für sie zu reden. Ein Großteil der Opfer ist schon sehr alt, wie beispielsweise die Mitglieder von ANFASEP in Ayacucho. Das Museum in Lima darf nicht nur das Leiden der Opfer darstellen, sondern sollte auch den den ständigen Kampf für die juristische Aufarbeitung der Verbrechen widerspiegeln. Das Museum der Erinnerung in Lima könnte dafür ein guter Ort werden. Die Wahrheitskommission hat einen 8000 Seiten Bericht über den Bürgerkrieg herausgegeben. Das Museum hat jetzt die Chance, die Vergangenheit zu bearbeiten, einen Ort für Dialoge zu eröffnen, einen Ort für eine neue junge Generation zu werden, und die Opfer aktiv in die Gestaltung des Museums mit einzubeziehen.

Heeder Soto Quispe

Heeder Soto ist Künstler und Ethnologe. Er ist Mitglied von ANFASEP in Ayacucho. Sein Vater wurde während des Bürgerkrieges vom Militär umgebracht.

Übersetzung und Kürzung: Kerstin Kastenholz

6. Rückblick auf die Kampagne gegen den Freihandelsvertrag EU-Peru

Die europaweite Kampagne vieler Solidaritäts- und Hilfsorganisationen konnte die Ratifizierung des Freihandelsvertrags im Europaparlament nicht verhindern. Und unsere Kampagne in Deutschland konnte die Ratifizierung im Bundestag und Bundesrat nicht verhindern- trotz guter Vernetzung und

Kooperation sowie erfolgreicher Lobby-Arbeit. Es besteht aber immer noch Hoffnung, dass das Parlament eines anderen EU-Landes die Ratifizierung ablehnt.

Im Folgenden fasse ich unsere Aktivitäten seit 2009 zusammen.

Erste Proteste 2009

Die Vorgeschichte des Abkommens ist lang, es wurde mehrere Jahre verhandelt.

Mitte Juni 2009 schrieben die Informationsstelle Peru e.V., der Verein Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick – Cajamarca, die Perugruppe München und die Gruppe UNSOLOMUNDO Heidelberg an den deutschen EU-Verhandlungsführer Rupert Schlegelmilch mit der Bitte, „...sich als deutscher Verhandlungsführer im Prozess zum Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen Europa und Peru bzw. Kolumbien mit aller Vehemenz dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen in der gegebenen Situation nicht weitergeführt werden.“

Dieser Brief richtete sich noch nicht gegen die Ziele und Inhalte des geplanten Abkommens, sondern gegen die Weiterführung der Verhandlungen mit der peruanischen Regierung zu diesem Zeitpunkt, da diese kurz zuvor die indigenen Protestaktionen in Bagua mit massiver Repression beendet hatte. Die Proteste hatten sich gegen die mit dem Freihandelsabkommen Peru – USA vorgesehenen Maßnahmen zur weiteren Privatisierung von Land und Zerstörung des amazonischen Regenwaldes gewandt.

Dazu der Brief: „Eine Verabschiedung des Freihandelsabkommens in dieser Situation würde auch die Europäische Gemeinschaft in den Geruch bringen, ‚über Leichen‘ zu gehen.“

Danach ist von unserer Seite zunächst nichts mehr passiert.

Wir haben in den uns durch Informationen des und Kontakte mit dem „Red Peruana por una Globalización con Equidad – RedGE“ eine inhaltlich Beschäftigung mit dem Abkommen.

Unterzeichnung in Madrid und weitere Aktionen

Im März 2010 wurden die 2007 begonnenen Handelsverhandlungen der EU mit Peru und Kolumbien abgeschlossen, auf dem Madrider Gipfeltreffen EU- Lateinamerika/Karibik am 18. Mai 2010 wurde das Freihandelsabkommen (im Grundsatz) unterzeichnet, danach sollte es paraphiert und ratifiziert werden und 2012 in Kraft treten.

Unmittelbar danach begannen wir mit der Planung einer Kampagne, deren Ziel es war, die Abgeordneten des Europaparlaments zur Ablehnung der Ratifizierung zu bewegen. Als Verbündete sollten (und konnten) Peru-, Kolumbien- und Eine-Welt-Gruppen, ıla, FDCL, BUKO und Mitgliedsgruppen, MISEREOR, EED, attac, amnesty-Ko-Gruppe Peru, erlassjahr.de und WEED gewonnen werden.

Im Brief(-vorschlag) für diese Aktion wurde auf die vielfältigen Proteste während der Verhandlungen sowohl in Peru und Kolumbien als auch in Europa und den USA gegen das geplante Abkommen hingewiesen.

Gegen das Abkommen wurde unter anderem eingewandt, dass dessen Regeln bezüglich Investitionen, Dienstleistungen, Banken, Patenten und Medikamenten die Interessen der europäischen Konzerne nach einem verbesserten Marktzugang schützen – ungeachtet der Konsequenzen für die soziale und Ernährungssituation der Menschen, die ökologische Situation und die Biodiversität in diesen Ländern.

Die Öffnung der Daseinsvorsorge für den globalen Wettbewerb fördere Privatisierungen z. B. im Wasser- und Energiebereich, die Versorgung wird für viele Menschen teurer und dadurch schlechter. Auch die Versorgung mit Medikamenten wird verteuert und dadurch erschwert.

Die Abgeordneten wurden aufgefordert, diesem Vertrag ihre Zustimmung zu verweigern.

Ende 2010 wurde dann das **Manifest „Freno a la injusticia y a la desigualdad – No a la ratificación de los Acuerdos negociados por la Unión Europea con Centroamérica, Colombia y Perú »** veröffentlicht, das von ca. 150 Organisationen, Netzwerken und sozialen Bewegungen Zentralamerikas, der Anden-Region und der Europäischen Union unterzeichnet wurde.

Darin wird betont, dass die vorliegenden Handelsverträge (mit Kolumbien und Peru einerseits und mit Zentralamerika andererseits) die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Ländern der EU und den Vertragsländern in Lateinamerika verstärken statt sie zu reduzieren.

Die Liberalisierung des Zugangs zu den Rohstoffquellen begrenzt die Entwicklungsmöglichkeiten der Rohstoff-Länder und schränkt ihre Souveränität ein. Außerdem werden dadurch die bestehenden sozialen und Umwelt-Konflikte verstärkt, die durch die Ablehnung der Bergbaupolitik durch die Bevölkerung entstanden sind.

Die Verträge tragen nichts zum Schutz der Menschenrechte bei und begrenzen die Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft bei der Implementierung der Verträge.

Sie „übergehen“ die (bereits veröffentlichten) Studien über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Verträge.

Das Manifest schließt mit den Aufforderungen „NO a la ratificación de los Acuerdos negociados Promovamos verdaderas condiciones de justicia y equidad entre nuestras regiones.“

Ab Anfang 2011 haben wir erneut Briefe an Abgeordnete des Europaparlaments geschrieben und mehrmals dazu aufgerufen, solche Briefe zu schreiben. In diesen Briefen und Briefvorschlägen haben wir die Argumente und Forderungen des Manifests aufgegriffen.

Tagesseminar in Straßburg und Gespräch im Europaparlament

Am 28. September 2011 fand in Straßburg unser „Perus Wirtschafts- und Handelspolitik, die Interessen Europas und der Freihandelsvertrag der EU mit Peru und Kolumbien“ statt, anschließend fand (mit den Teilnehmenden) ein Gespräch mit einigen Europaabgeordneten statt. Wir hatten zu Seminar und Gespräch Alejandra Alayza vom „Red Peruana por una Globalización con Equidad – RedGE“. Das Netzwerk hatte sich von Beginn der Verhandlungen um das Abkommen

Seminar und Gespräch mit Europaabgeordneten in Straßburg, 28. September 2011.

Auf dem Seminar habe ich die Export- und Weltmarktintegrationspolitik Perus auf der einen und die Rohstoff- und Absatzinteressen der europäischen Firmen und die entsprechende Politik der EU als Hintergrund des Freihandelsabkommens erläutert. Alejandra Alayza stellte Ziel und Inhalte des Abkommens vor und erläuterte die Kritik peruanischer NGOs am Verlauf und dem Ergebnis der Verhandlungen. Die Regelungen des Vertrags beschränken die Regulierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten Perus und Kolumbiens. Der Kern des Abkommens ist nach ihrer Auffassung der Schutz der ausländischen Investoren und ihre Gleichbehandlung mit nationalen Investoren. Die Liberalisierung des Dienstleistungssektors wird die Vorherrschaft europäischer Konzerne im Finanz- Telekommunikations- und Energiebereich verstärken.

Beim **Gespräch mit den EP-Abgeordneten** betonte **Alejandra Alayza** betonte, dass sie große Sorgen über die Auswirkungen des Freihandelsvertrages hätten. Sie stellte den erweiterten Schutz der Investoren, die Deregulierung des Dienstleistungs- und hier vor allem des Finanz-Sektors sowie fehlende verbindliche Regelungen bei Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in den Vordergrund. Sie bat die Abgeordneten um entsprechende Aufträge an die Europäische Kommission.

Bernd Lange, Mitglied des zuständigen Handelsschusses, betonte zunächst, mit dem Abkommen könne keine Regierung verändert werden. Die politische Mehrheit in Peru und Kolumbien sei für das Abkommen. Die Verhandlungen um das Abkommen hätten in Kolumbien etwas in Bewegung gebracht. Es sei für Investitionen notwendig, Zugang zu ausländischem Kapital zu schaffen. Aber man dürfe keinen freien Abfluss von Kapital erlauben. Handelspolitik sei kein Selbstzweck, sie wollten die Einführung von Standards erreichen. Arbeitsrechte stünden im Abkommen, deren Umsetzung müsse noch verbindlich geregelt werden. Er legte ein Papier mit fünf Bedingungen als Voraussetzung für die Zustimmung seiner Fraktion zum Abkommen vor. Diese Bedingungen sind u. a. die Beachtung von Menschen- und sozialen Rechten in Kolumbien, verbindliche Regeln (im Abkommen) zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards und die Einführung eines Corporate Social Responsibility-Kodex für europäische Firmen.

Unsere Argumente – und die „Antworten“ der MEPs

Einige EP-Abgeordnete haben auf die Protestbriefe geantwortet, sind aber in ihren Antworten nicht auf unsere Argumente eingegangen. Es bestand der Eindruck, dass sie Textbausteine zum Freihandelsabkommen in ihre Briefe eingefügt haben, die sich dadurch überhaupt nicht auf unsere Briefe bezogen.

Kampagne ab Herbst 2012: Europaparlament, Bundestag und Bundesrat

Laut Terminplan des Europaparlaments sollte der Vertrag im Dezember ratifiziert werden. Im Herbst hat die Infostelle in Kooperation mit dem FDCL in Berlin und „Rettet den Regenwald“ einen **Brief** entworfen, der die sozialen und ökologischen Konsequenzen der Bergbaupolitik darstellte und auf die (wahrscheinliche) **Ausweitung des Rohstoffexports** durch den Vertrag hinwies.

Wir gewannen rasch **viele Unterstützer-Organisationen**: NGOs, Netzwerke und kirchliche und andere Hilfsorganisationen – wir hatten ein breites Bündnis erreicht und hofften, die Abgeordneten mit unseren Argumenten zu erreichen. Der Brief wurde kurz vor der Abstimmung im Europaparlament an alle deutschen Abgeordneten geschickt. (<http://www.infostelle-peru.de/web/offener-brief-an-die-abgeordneten-des-europaparlamentes/>)

Das **Europaparlament** hat am 11. Dezember 2012 den Vertrag mit großer Mehrheit (557 Ja-, 100 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen) **ratifiziert**.

Nun musste der Vertrag noch von allen nationalen Parlamenten der EU ratifiziert werden, in Deutschland mussten Bundestag und Bundesrat zustimmen.

Da die Bundesregierung das Ratifizierungsverfahren sofort in Gang setzte und die Behandlung des Vertrags im **Bundestag** bereits Ende Februar beginnen sollte, entwarfen wir sofort einen Briefs an die Bundestagsabgeordneten. Dieser Brief führte nochmals alle wichtigen Argumente gegen den Vertrag an, er wurde von noch mehr Organisationen unterzeichnet.

Parallel zu der Brief-Aktion wurden viele Gespräche mit Abgeordneten geführt und Anhörungen zum Thema in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages erreicht. Unser Erfolg war, dass alle

Oppositionsparteien am 21. März gegen die Ratifizierung gestimmt haben, die von der CDU-CSU-FDP-Mehrheit aber beschlossen wurde.

Auch unsere anschließende **Briefaktion an den Bundesrat** (<http://www.infostelle-peru.de/web/briefaktion-an-den-bundesrat-nein-zum-freihandelsabkommen/>) und viele Gespräche mit verschiedenen Länderministerien und Landtagsfraktionen waren – trotz rot-grüner Mehrheit im Bundesrat- nicht erfolgreich, obwohl nur wenige Stimmen zur Ablehnung gefehlt haben: die SPD-CDU-Landesregierungen, aber auch das SPD-regierte Hamburg sprachen sich für die Ratifizierung aus.

Übermächtige Wirtschaftsinteressen, falsche Entwicklungsvorstellungen...

Es standen starke Interessen gegen uns: es ging um den unbehinderten Zugang zu Rohstoffen, um erleichterten Absatz für europäische Produkte, um den Ausbau der Vormachtstellung europäischer Saatgut- und Pharma-Konzerne... Die Bundesregierung hatte sich seit vielen Jahren hierfür engagiert.

Und wir kamen auch nicht gegen die vorherrschende Vorstellung an, dass Rohstoffexport und Weltmarktintegration die Entwicklung der Länder des Südens fördern.

... und was wir trotzdem erreicht haben

Die Abstimmungsergebnisse im Bundestag und Bundesrat zeigen aber, dass unsere Argumente gegen den Vertrag angekommen sind und eine Debatte in den Bundestagsfraktionen und einigen Landesregierungen ausgelöst haben: ohne unsere Briefe und Gespräche wäre der Vertrag wohl sang- und klanglos durchgewinkt worden.

Das ist hilfreich für zukünftige Aktionen gegen und Auseinandersetzungen über die internationale Handels- und Wirtschaftspolitik der EU und der Bundesrepublik.

Dabei wird auch die gute Erfahrung mit der erfolgreichen Kooperation in dem breiten Bündnis von kleinen und großen NROs und Hilfswerken helfen. Die hier aufgebauten Kontakte, die breite inhaltliche Übereinstimmung und die unkomplizierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit machen Mut für weitere gemeinsame Aktionen und Kampagnen.

Jimi Merk

7. Der Gletscher-Bewahrer

Wenn die Gletscher der Anden weiterhin in dem Tempo schmelzen, wie sie dies bisher tun, dann könnte Benjamin Morales trotz seiner hohen Alters noch arbeitslos werden. Der 78-jährige Peruaner will vom Ruhestand nichts wissen und ist der beste Beweis dafür, dass Bergsteigen fit hält. Benjamin Morales ist der Vater der peruanischen Glaziologie, der Gletscherkunde. Heute tut der agile alte Herr im Anorak alles, um seine Gletscher vor dem

Abschmelzen zu bewahren. Dabei greift er auf uraltes Wissen der Indigenas zurück: die brachten das Eis in Ichu-Gräser gewickelt auf den Markt herunter nach Huaraz. Wenn die das Eis halten, dann könnten sie doch auch die Gletscher vor dem Abschmelzen bewahren. Gedacht, getan. Auf drei Versuchsfleichen im Hochland der Cordillera Blanca in Nordperu, in der sich ein Gletscher an den anderen reiht und die deshalb auch als Schweiz Perus bekannt ist, hat Benjamin Morales ausprobiert, welches Material das Eis besser zurückhält: Saegespäane, Zeltplanen (wie sie in den Skigebieten der Apen benutzt werden) oder eben das heimische Punagras, das Ichu. Der Erfolg gibt der Andentradition recht: nach zwei Jahren ragt die mit Ichu bedeckte Versuchsfleiche zwei Meter über dem sie umgebenden Eis. So einfach und praktisch sei es, zumindest kleine Gletscherfleichen zu erhalten

Morales ist seit jeher ein Mann der Praxis: Als der frischgebackene Ingenieur Mitte der 60-Jahre vom Studium an der ETH Zuerich nach Peru zurückkam, sicherte er für das damals staatliche Elektrizitätsunternehmen Electroperu die Gletscherseen ab. Bis zu 300 Leute hätten damals in der Glaziologen-Einheit gearbeitet, aus aller Welt seien Glaziologen angereist, um zu sehen, wie die Peruaner Gletscherseen mittels Dämmen, Talsperren oder Drainagetunneln davor bewahrten, in die Tiefe und auf die Dörfer zu donnern. Mit dem rasanten Abschmelzen der Gletscher hat sich die Gefahr vervielfacht: das Schmelzwasser füllt die Gletscherseen, die wiederum mit Überlauf oder mit Schlammlawinen die Gemeinden entlang des Flusslaufes bedrohen. Zuletzt kamen 1970 im nahen Yungay bis zu 20 000 Menschen um, als durch ein Erdbeben ein Felsen auf einen Gletschersee stürzte und eine riesige Geroelllawine auslöste.

„Die Gefahr von Schlammlawinen ist heute wesentlich höher als der Wassermangel“, sagt Benjamin Morales über die durch die Temperaturerwärmung beschleunigte Abschmelzen der Tropengletscher.

Die Tradition der peruanischen Glaziologie ist dem Privatisierungswahn der 90-er Jahre zum Opfer gefallen. Nachdem die staatliche Electroperu in den 90-er Jahren privatisiert wurde, fristete die Gletschereinheit ein Mauerblümchendasein im Agrarministerium; heute ist sie der „Autoridad Nacional de Agua (ANA)“ unterstellt.

Vom 1. – 4. Juli trafen sich in Huaraz Wissenschaftler aus den USA, Kanada, der Schweiz, Oesterreich, Deutschland, Frankreich, Mexiko, der Tschechischen Republik und Norwegen zum internationalen Gletscherkongress. Er wurde von der ANA organisiert und von der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert. Es fällt auf, dass kaum ein Peruaner unter den Keynote-Speakern oder auf den Panels teilnimmt. Die Erforschung der peruanischen Gletscher mittels immer neuerer Technologien und Modellbildung scheint fest in ausländischer Hand. Dies liegt auch daran, dass der peruanische Staat bisher wenig bis keine Forschungsgelder zur Verfügung stellt.

Dabei ist das Ziel des Glaziologenkongresses eben dies: die vorhandenen Studien über die Auswirkungen des Abschmelzens der Gletscher sollen endlich Gehör finden bei peruanischen Politikern und Behörden. Denn die müssen Massnahmen ergreifen, um ihre Bevölkerung vor Naturkatastrophen zu schützen oder die zukünftige Wasserversorgung sicherzustellen. Die naturwissenschaftlich ausgerichteten Glaziologen merken, dass es nicht reicht, die Dicke des Eises oder die Häufigkeit der Niederschläge zu messen, damit die lokale Bevölkerung mitmacht und Druck auf ihre Regierung ausübt. Letztlich steht und fällt auch die Wirksamkeit von Frühwarnsystemen und Adaptionsmechanismen mit den peruanischen Institutionen, die sie umsetzen sollen.

8. Die Aushöhlung der Consulta Previa

Der Artikel 6 des peruanischen Gesetzes zur Vorab-Konsultation (consulta previa) besagt, gemäß dem Internationalen Abkommen über die Rechte Indigener Völker (ILO 169), dass der Prozeß der Vorab-Konsultation im guten Glauben und den jeweiligen Gegebenheiten angepasst stattfinden soll mit dem Ziel, zu einer Übereinkunft (Absprache) zwischen den Beteiligten zu gelangen.

Es handelt sich also nicht nur um eine Information über geplante Grossprojekte. Dass aus der Vorab-Konsultation ein Prozeß im gegenseitigen guten Glauben wird: daran glauben heute wohl nur noch MitarbeiterInnen im peruanischen Umweltministerium. Sicher nicht der peruanische Präsident Humala und das mächtige Ministerium für Energie und Bergbau. Diese betonen, dass das Recht der betroffenen indigenen Bevölkerung auf Vorab-Konsultation darin besteht, darüber informiert zu werden, was auf ihrem Land geschieht.

In einem Interview mit der englischen Zeitung "The Guardian" (30.5.2013) erklärte der Präsident der peruanischen Erdölfirma Petroperú, Luis Ortigas C.: „Was wir innerhalb der Konsultation machen müssen ist, ihnen zu sagen, was geschehen wird und wie es passieren wird... Wo kämen wir denn hin, wenn die mitreden würden. Das wäre ja ein Staat im Staate. Es reicht aus, dass die Leute gut über die Vorhaben informiert sind“. Und Präsident Humala betonte u.a.: Wir Autoritäten können und müssen sagen: „Das läuft jetzt so und die Investitionen in Großprojekte laufen und alles ist sicher“. Für Humala gilt: Ziel muss eine Vorab-INFORMATION sein aber keine Vorab-KONSULTATION.

Eine Einschränkung brachte Daniel Silva de Andrea (Ex-Chef von Petroperu) an: die Vorabkonsultationen habe schon eine Bedeutung, nämlich für die kleinen Gruppen der in freiwilliger Isolation lebenden, bisher nicht kontaktierten, nomadischen Indigene... „aber nur, wenn in deren Lebensraum kein Erdöl vorhanden ist“. (Diario Gestion, Servindi 1.6.2013).

Für die entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Unterstützungsarbeit ist es wichtig, immer und immer wieder auf die Einhaltung einer wirklichen Vorab-Konsultation im Sinne der ILO-Konvention zu drängen und bei allen Vorhaben deutscher Firmen und bundesdeutscher Entwicklungszusammenarbeit darauf zu bestehen. Denn für die indigene Bevölkerung ist dieses Recht eine Überlebensversicherung.

(Heinz Schulze)

9. Faires Gold ?

Die Umwelt- und Sozialschäden, die der Goldboom in den Abbauländern auslöst, sind inzwischen weitestgehend bekannt. Ist ein Fair-Gold-Label eine Alternative ? Für Kaffee, Kakao, Blumen, Bananen oder Kleidung gibt es internationale Standards für die faire und ökologische Herstellung. Funktioniert ein solches Siegel auch für Gold ? Darüber diskutierten Experten beim Fair-Gold-Hearing, das die Kampagne Bergbau Peru am 20. Juni 2013 in Mainz veranstaltete. Die Vorträge der Expertinnen und Experten können unter folgendem Link heruntergeladen werden (Link bitte in neues Fenster kopierung und öffnen).

www.kampagne-bergwerk-peru.de/index.php/themen-mainmenu-4/topthemen-mainmenu-7/212-faires-gold-eine-perspektive-fuer-die-menschen-in-peru-fuer-uns

10. Palmölproduktion im Regenwald

Als umweltfreundliche Energie gelten die in Monokultur massenhaft angebauten, sog. „Biotreibstoffe“ schon längst nicht mehr. Die Herstellung des aus den Früchten der Ölpalmen stammenden Öls gilt als besonders menschen- und umweltfeindlich. In Peru werden immer mehr angeblich entwaldete Regenwaldflächen für den Anbau von Palmöl konzessioniert. Der peruanische Landwirtschaftsminister selber gibt sich als das offizielle Sprachrohr der Palmöl-Unternehmen. So zeigte er im Mai 2013 klar auf, wohin der Palmöl-Zug fahren wird: „Im peruanischen amazonischen Regenwald gibt es über 600.000 Hektar geeignete Böden für den Anbau von Palmölplantagen“ (web-site: Ministerio de Agricultura)

Ihm dürfte die Aussage seiner Abteilung für Umweltaspekte in seinem Ministerium (Informe Tecnico Nr. 35-2013-AG-TSvM-DG-AAA-DERN 66728-2013) bekannt gewesen sein. Diese Abteilung stellte fest, dass es überhaupt kein richtiges Verzeichnis über den Regenwald gibt, der bereits abgeholzt ist. Somit sind keine verlässlichen Zahlen darüber vorhanden, welche Böden überhaupt für Palmölplantagen genehmigt werden können. Das beinhaltet die Aussage, dass Palmölplantagen „eigentlich“ nur auf bereits abgeholzten Böden im Regenwald angelegt werden können.

Über die gravierenden Folgen der Ölgewinnung aus Ölpalmen erinnert erneut die „Peruanische Gesellschaft für Ökologische Entwicklung (Sociedad Peruana de Ecodesarrollo – SPEDE, www.spde.org.index. web): Abholzung von intaktem amazonischem Regenwald, Landwegnahme (Landgrabbing), Vertreibung der Bevölkerung, Vergiftung der Böden etc.

Bereits die frühere Regierung unter Präsident Alan Garcia hatte den Ausbau von Palmölplantagen als „von nationalem Interesse“ eingestuft, was die aktuelle Regierung unter Präsident Humala nicht geändert hat.

Besonders gefährdet sind die Urwaldregionen San Martin, Loreto und Ucayali. Die Gewinner sind große Unternehmen wie die „Grupo Romero“ (eine der reichsten Familien in Peru) sowie Plantaciones de Iquitos, Plantaciones de Loreto, Asociación Agro Ganadero Forestal Monte de Dios etc.

Gruppen, die Sozial- und Entwicklungsprojekte im Regenwald unterstützen, sollten aufhören, wenn das Wort „Palmöl“ fällt: Wenn dieser Prozess der Zerstörung durch Palmölplantagen nicht aufhört, wird es immer mehr Projekte betreffen, die dann von Palmölplantagen überrannt werden und damit wäre die geleistete Unterstützung null und nichtig.

Palmölproduktion als Mittel im Kampf gegen den Koka-Anbau:

Im Rahmen der Drogenbekämpfung finanzierte das zuständige Programm der Vereinten Nationen den Anbau des „Alternativproduktes“ Palmöl in der Region Ucayali (Aguaytio im Tal von Shambillo). Dazu gehörte der Bau einer neuen Verarbeitungsanlage zur Ölherstellung. Gedacht war das Projekt als „Hilfe zur Selbsthilfe“. Jetzt ist eine Erweiterung der Fläche von einigen tausend Hektar um nochmals 800 Hektar im Gespräch. Das Programm der Vereinten Nationen meinte, jetzt könnte dieser Wirtschaftsbetrieb auf eigenen Füßen stehen. Zwei der 13 dortigen Palmölproduzenten drohten bereits: Wenn die Vereinten Nationen uns nicht weiter unterstützen, müssen wir wohl wieder Koka anbauen.

Auch beim Thema Palmölproduktion wird ersichtlich: Es ist unbedingt notwendig, dass die indigenen Dorfgemeinschaften offizielle Landtitel bekommen. Dann ist es nicht mehr so einfach, dass korrupte regionale Landwirtschaftsbehörden aus einem intakten Regenwald einen Landstrich mit „bereits existierender dauernder landwirtschaftlichen Nutzung“ machen, der dann auch ganz formell für die Palmölproduktion freigegeben worden.

(Aus: Information von Olpasa, inforegion Peru, 24.6.2013, Übersetzung Heinz Schulze)

Veranstaltungen

- München

17. Juli 2013, ab 14 Uhr

Olympiagelände, Andechser Zelt

Informationsstand des Arbeitskreises München-Asháninka

im Rahmen des Festaktes "München wird Fair-Trade-Stadt"

- Rastatt/Baden

1. - 5. August 2013

VII Encuentro Europeo – Peruano de la Solidaridad y Amistad 2013

Invitados: P. Manuel Vasallo, Caracoto; Regina y Franz Riedel, Sicuani

Information und Anmeldung: Elisabeth Lindner, elisabeth.lindner2@gmx.de

Das Programm kann hier heruntergeladen werden [EUROPA-PERU-Invitacion.13.pdf](#)

- Berlin

Dienstag, 06. August 2013, um 19:00 Uhr

Stammtisch der Berliner Gruppe der Infostelle Peru

im "Merhaba", Greifswalder Str. 4. 10405 Berlin (Tram M 4 Am Friedrichshain)

- Lima

Dienstag, 20. August 2013, 18.30 h

Treffen der Ortsgruppe Lima der Infostelle Peru

Ort: noch offen Anmeldung und Info: cesar@idl.org.pe

- Berlin

Sonnabend, 2. November 2013, 10:30 – 16:00 Uhr

Dezentralisierung, Partizipation und Inklusion in Peru

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte - Berlin

- Herzogenaurach

Freitag, 15. November 2013, 20 Uhr: Herzogenaurach, Rathausaal

„Gold regiert die Welt? – Goldbergbau in Peru und seine Folgen...“,

Vortrag mit Filmbeitrag und Diskussion: Dr. Hartmut Heidenreich, Zornheim/b. Mainz

- Freiburg i. Br.

09. bis 22. November 2013, Ort wird noch bekanntgegeben

Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ des Bündnisses erlassjahr.de

Informationen: merk@infostelle-peru.de

- Freiburg i. Br.

16. November 2013, 10.30h bis 17h

Tagesseminar „Schuldenkrise(n) ohne Ende ?“

Infos und Anmeldung. merk@infostelle-peru.de

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und EED.